

LANDTAG DES  
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



**JAHRESBERICHT 2015**

**DER DELEGATION BEI DER  
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG  
DES EUROPARATS**

## INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
II.	Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation .....	3
III.	Allgemeines zur Institution Europarat .....	3
	1. Entstehung und Zusammensetzung.....	4
	2. Ziele .....	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats.....	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	7
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte .....	7
IV.	Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2015 .....	8
	1. Neue Geschäftsordnung des Landtags .....	8
	2. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung .....	8
	2.1 Wintersession vom 26. bis 30. Januar 2015.....	9
	2.2 Frühjahrsession vom 20. bis 24. April 2015.....	13
	2.3 Sommersession vom 22. bis 26. Juni 2015.....	17
	2.4 Herbstsession vom 28. September bis 2. Oktober 2015.....	20
V.	Teilnahme der Abg. Judith Oehri an einem Arbeitsbesuch an der Türkischen Grenze zu Syrien .....	25
VI.	Reisekosten und Taggelder der Delegation .....	27
VII.	Generelle Ausführungen .....	27
	1. Zusammenarbeit .....	27
	2. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission .....	28
	3. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT) .....	28
VIII.	Schlusswort und Antrag .....	28

## **I. Einleitung**

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation beim Europarat berichtet im Folgenden über ihre Tätigkeit während der 65. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Jahr 2015, welche wiederum in vier Teilsessionen in Strassburg tagte.

## **II. Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation**

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im Landtag an der Eröffnungssitzung vom 27. März 2013 für die Mandatsperiode 2013 bis 2017 gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Abg. Gerold Büchel, Delegationsleiter
- Abg. Judith Oehri, Mitglied
- Stv. Abg. Rainer Gopp, Ersatzmitglied
- Abg. Karin Rüdisser-Quaderer, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

## **III. Allgemeines zur Institution Europarat**

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden - vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

Der Europarat umfasst 47 Mitgliedstaaten. Liechtenstein ist als 21. Mitglied am 23. November 1978 beigetreten. 2007 trat Montenegro als jüngstes Mitglied bei. Die drei Länder Kanada, Israel und Mexiko haben einen sogenannten Beobachterstatus bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Ein weiteres «Instrument» der PV besteht seit 2011: Partner für Demokratie. Marokko, der palästinensische Nationalkongress und Kirgisistan sind die drei Mitglieder in dieser «Vorschule» für Demokratie.

Der Europarat wird oftmals mit der Europäischen Union verwechselt. Die EU hat jedoch eine wesentlich anders geartete Organisationsstruktur mit einer unterschiedlichen Zielausrichtung. Sämtliche 28 Staaten der Europäischen Union sind ordentliche Mitglieder des Europarats. Hauptsitz des Europarats ist Strassburg, während jener der EU Brüssel ist.

## **1. Entstehung und Zusammensetzung**

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 47 pluralistische Demokratien – darunter 22 mittel- und osteuropäische Staaten – und hat seinen ständigen Sitz im Europa-Palais in Strassburg. Diese erste supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 820 Millionen Menschen.

## **2. Ziele**

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz.
- Erstellung von Berichten mit Entschliessungen und Empfehlungen zuhanden des Ministerrats.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

## **3. Die wichtigsten Organe des Europarats**

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das Ministerkomitee – als verlängerter Arm der einzelnen Regierungen – ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten bzw. deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und den Etat des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungsaustausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate. Im Berichtsjahr hatten den Vorsitz Belgien, Bosnien und Herzegowina sowie Bulgarien inne.

Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente. Sie war die erste paneuropäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas.

Die Parlamentarier können durch Beschlüsse in der Parlamentarischen Versammlung Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzel-

nen Fachkomitees ist äusserst wichtig und wird von uns Delegierten auch so gehandhabt. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen. Die Kommunikation ins Parlament bzw. in die Regierung ist jedoch auch mangels geeigneter struktureller bzw. organisatorischer Einrichtungen schwierig. Dies ist nicht nur in Liechtenstein der Fall. Es ist eher so, dass diese Situation ein grundsätzliches Kommunikationsproblem zwischen den nationalen und den supranationalen Parlamenten darstellt.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 648 Mitgliedern, darunter 324 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern, was gemäss Statuten das Minimum darstellt. Im Weiteren sieht der Europarat Gastdelegationen aus Nichtmitgliedstaaten vor.

Die fünf politischen Gruppierungen der Parlamentarischen Versammlung sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand vom Oktober 2015). Aufgrund unterschiedlicher Wahltermine in den einzelnen Ländern sind die untenstehenden Angaben entsprechenden Veränderungen unterworfen:

- Sozialisten – SOC (197)
- Europäische Volkspartei – EPP/CD (202)
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (73) - davon FL-Delegation (4)
- Europäische Konservative Gruppe – EC (68)
- Europäische Gruppe der Vereinigten Linken – UEL (38)
- Parteiunabhängige – NR (52)

Die Parlamentarische Versammlung verfügte über acht Fachkomitees sowie zusätzliche 19 Unterkomitees:

- Committee on Political Affairs and Democracy (90 Sitze),
- Committee on Legal Affairs and Human Rights (85 Sitze),
- Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development (85 Sitze),
- Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons (85 Sitze),
- Committee on Culture, Science, Education and Media (85 Sitze),
- Committee on Equality and Non-Discrimination (85 Sitze),
- Committee on Rules of Procedure, Immunities and Institutional Affairs (37 Sitze),
- Committee on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe (90 Sitze),

In Komitees werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Komitees darüber beraten. Die Komitees führen ihre Sitzungen auch ausserhalb der ordentlichen Sessions-

wochen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Aufgrund der Tatsache, dass Liechtenstein nur das Minimal-Kontingent von vier Delegierten verfügbar hat, gibt es entsprechende Engpässe bei der Wahrnehmung der Aufgaben in diesen Fachgruppen.

Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Komitees:

- |   |   |   |
|---|---|---|
| - | Committee on Political Affairs and Democracy                    | Gerold Büchel<br>Rainer Gopp (Ersatz)             |
| - | Committee on Legal Affairs and Human Rights                     | Judith Oehri<br>Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz) |
| - | Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development | Gerold Büchel<br>Rainer Gopp (Ersatz)             |
| - | Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons          | Judith Oehri<br>Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz) |
| - | Committee on Culture, Science, Education and Media              | Rainer Gopp<br>Gerold Büchel (Ersatz)             |
| - | Committee on Equality and Non-Discrimination                    | Karin Rüdissler-Quaderer<br>Judith Oehri (Ersatz) |
| - | Committee on Rules of Procedure, and Institutional Affairs      | (keine Besetzung)                                 |
| - | Monitoring Committee  | (keine Besetzung)                                 |
| - | Standing Committee  | Delegationsleitung                                |

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt das Standing Committee, in welchem die Delegationsleiter neben den Mitgliedern des Bureaus sowie den Fraktions- und Fachkomiteevorsitzenden der politischen Gruppen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Das Standing Committee ist vergleichbar mit unserem Landesausschuss, der bekanntlich dringende Geschäfte in der Periode ausführt, in welcher der Landtag geschlossen ist.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen als Nachfolger der ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der Kongress hält seine Plenarsitzungen einmal jährlich im Europa-Palais in Strassburg ab. Die Parlamentarische Delegation ist hier nicht involviert.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2000 Mitarbeiter des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen durch den seit 1. Oktober 2009 amtierenden und im Jahr 2014 für weitere fünf Jahre gewählten Generalsekretär Thorbjørn Jagland aus Norwegen.

#### **4. Praktische Auswirkungen für Europa**

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben.

Per 31.12.2015 existierten total 219 europäische Konventionen. Seitens Liechtensteins sieht die Situation wie folgt aus:

- 81 Konventionen sind unterschrieben und ratifiziert
- 12 Konventionen sind «nur» unterschrieben
- 1 Konvention ist gekündigt
- 125 Konventionen sind weder unterschrieben noch ratifiziert

Am 12. Juni 2015 beriet der Landtag über das Übereinkommen des Europarats vom 25. Oktober 2007 zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch. Der Landtag stimmte dem Übereinkommen zu und dieses konnte am 11. September 2015 von Liechtenstein ratifiziert werden.

An seiner Sitzung vom 3. Dezember 2015 beriet der Landtag das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der Landtag stimmte dem Übereinkommen zu. Die Ratifikation wird im Januar 2016 erfolgen.

#### **5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte**

Diese selbstständige Organisation war und ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden – und dies ist der Berührungspunkt zur Parlamentarischen Versammlung – von dieser gewählt. Der Gerichtshof hat infolge Arbeitsüberlastung dringende Reformen nötig. Ein wichtiger Schritt hierfür war die Inkraftsetzung von Protokoll 14, welches am 1. Juni 2010 Realität wurde. Weitere Reformschritte müssen jedoch folgen, was aufgrund der finanziellen Situation allgemein und besonders beim Europarat keine einfache Angelegenheit darstellt.

### Wahl eines neuen liechtensteinischen Richters

Die Mandatsdauer des bisherigen Richters Mark Villiger lief am 31. August 2015 aus. Somit fiel der Parlamentarischen Versammlung die Aufgabe zu, einen neuen Richter zu wählen. Dazu erstellte die Regierung eine Liste mit drei möglichen Kandidaten welche für den verantwortungsvollen Posten in Strassburg in Frage kommen. Nach der Prüfung der drei Kandidaten durch das Richterauswahlgremium der Parlamentarischen Versammlung fand die Wahl an der Frühjahrsession statt. Mit 104 von 165 gültigen Stimmen wurde im ersten Wahlgang Carlo Ranzoni zum neuen Richter für Liechtenstein am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewählt. Die Amtsdauer beträgt neun Jahre, eine Wiederwahl ist nicht möglich. An dieser Stelle möchte sich die parlamentarische Delegation des Europarats herzlich bei Herrn Mark Villiger für seinen Einsatz bedanken und Herrn Carlo Ranzoni zu seiner Wahl gratulieren und ihm in seiner neuen Aufgabe viel Glück wünschen.

## **IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2015**

### **1. Neue Geschäftsordnung des Landtags**

Auch in diesem Jahr war es mit einer Zweierdelegation nicht möglich, eine breite Präsenz vor allem bei den Kommissionssitzungen zu gewährleisten. Erfreulicherweise konnten die Terminkollisionen in diesem Jahr reduziert werden. 25% der Sitzungen kollidierten mit den Landtagssitzungen was im Gegensatz zum Vorjahr eine Verbesserung darstellt. Der Ausblick ins Jahr 2016 zeigt nun nochmals eine Verbesserung indem das erste Mal Terminkollisionen komplett verhindert werden können was sehr erfreulich ist. Die Delegation möchte sich an dieser Stelle für die Bemühungen des Präsidiums und des Parlamentsdienstes herzlich bedanken. Die Delegation ist sich bewusst, dass diese Aufgabe keine Leichte ist und sich der Landtag selbst eine straffe Struktur auferlegt hat. Seitens der Delegation ist zu hoffen, dass dieser Stand auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann.

### **2. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung**

Während den Sessionswochen fallen nicht nur die Versammlungen im Plenum an, welches sich insgesamt neunmal in der Woche trifft. Jeweils zu fixen Zeiten finden ausserdem die Sitzungen der Fachkomitees sowie die Fraktionssitzungen der Parteien statt. In Zahlen ausgedrückt sind dies in der Woche zwischen 25 und 30 Sitzungen der Fachkomitees und drei Fraktionssitzungen. Die Anwesenheit der Mitglieder wird protokolliert und ist deshalb nachvollziehbar.

Während bei den Fachkomitees die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden in den vier Sessionswochen und den drei Sitzungen des ständigen Ausschusses Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet. Eine Übersicht der im Jahre 2015 abgehaltenen Sitzungen ist unten aufgeführt. Des Weiteren wird kurz erwähnt, wie viele Vorlagen behandelt worden sind und wie die Teilnahme Liechtensteins (ohne Parlamentsdienst) sich widerspiegelt:

1. Erste Sessionswoche (26.-30. Januar 2015)
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während fünf Tagen
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während vier Tagen
  - 16 Vorlagen im Plenum behandelt
2. Ständiger Ausschuss (6. März 2015)
  - Keine Teilnahme Liechtensteins
  - 6 Vorlagen behandelt
3. Zweite Sessionswoche (20.-24. April 2015)
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während fünf Tagen
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während drei Tagen
  - 16 Vorlagen im Plenum behandelt
4. Ständiger Ausschuss (22. Mai 2015)
  - Keine Teilnahme Liechtensteins
  - 5 Vorlagen behandelt
5. Dritte Sessionswoche (22.-26. Juni 2015)
  - 2 Teilnehmer aus Liechtenstein während fünf Tagen
  - 14 Vorlagen im Plenum behandelt
6. Vierte Sessionswoche (28. September-2. Oktober 2015)
  - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während zwei Tagen
  - 12 Vorlagen im Plenum behandelt
7. Ständiger Ausschuss (27. November 2015)
  - Keine Teilnahme Liechtensteins
  - 12 Vorlagen behandelt

Eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der Sessionen, an welchen zumindest ein liechtensteinisches Delegationsmitglied teilgenommen hat, ist in den folgenden Absätzen zu finden.

## **2.1 Wintersession vom 26. bis 30. Januar 2015**

An der Wintersession nahm die komplette Delegation, bestehend aus dem Abg. Gerold Büchel als Delegationsleiter und der Abg. Judith Oehri, teil. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger begleitet.

### **Behandelte Vorlagen**

An der ersten Sessionswoche wurden insgesamt 16 Vorlagen vom Plenum behandelt. Viel Platz nahm eine Dringlichkeitsdebatte zu den Terroranschlägen in Paris ein. Die Abgeordneten verabschiedeten dazu eine Resolution, welche Aggressionen und Gewalt verurteilt. Weitere Höhepunkte der Versammlung wa-

ren die Debatten über den Schutz der Medienfreiheit in Europa sowie die humanitäre Lage in der Ukraine. Auf der Traktandenliste standen Berichte zu den Themen «Zeugenschutz als ein unerlässliches Instrument zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus in Europa», «Demokratische Beteiligung für Migrantengemeinden», «Die humanitäre Lage der ukrainischen Flüchtlinge und Vertriebenen», «Chancengleichheit und die Krise», «Gleichstellung und Inklusion für Menschen mit Behinderungen» sowie «Schutz des Rechts auf Kollektivverhandlungen, einschliesslich des Streikrechts».

#### Dringlichkeitsdebatte zu den Terroranschlägen in Paris vom 7., 8. und 9. Januar

An der Dringlichkeitsdebatte «Terroranschläge in Paris: gemeinsam für eine demokratische Antwort» beteiligten sich rund 40 Redner. Einige der Abgeordneten vertraten die Ansicht, dass Satire und Medienfreiheit Grenzen haben müssen, aber dennoch keine Publikation Gewalt legitimiere. Die Wahrung eines Mindestmasses an Respekt den Mitmenschen gegenüber sei absolut notwendig. Die Entschliessung wurde mit 133 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen angenommen.

#### Die Beglaubigung der noch immer ungenehmigten Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation

Ebenfalls debattierten die Abgeordneten über die Ratifizierung der Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation, welcher im April 2014 die Stimmrechte entzogen wurden. Die erneute Anfechtung wurde mit der russischen Annektierung der Krim begründet. Nach einer rund dreistündigen Diskussion wurde der Beschluss angenommen. Dabei wurden die Befugnisse der russischen Delegation ratifiziert um «den Dialog weiterzuführen». Aber das Stimmrecht sowie das Recht auf Vertretung im Bureau der Versammlung, dem Präsidialausschuss sowie dem Ständigen Ausschuss wurde ausgesetzt. An einer der nächsten Sessionen der Versammlung könnte die Ratifizierung der Stimmrechte erneut aufgegriffen werden unter der Voraussetzung, dass Russland messbare Fortschritte zur Umsetzung der Forderungen der Versammlung macht. In ihrem Beschluss fordert die Versammlung auch die Freilassung des ukrainischen Europaratsdelegationsmitglieds Nadja Sawtschenko «binnen 24 Stunden sowie die Ermöglichung ihrer Rückkehr in die Ukraine bzw. die Übergabe an einen Drittstaat». Die Entschliessung wurde mit 160 Ja-Stimmen, bei 42 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

#### Die humanitäre Lage der ukrainischen Flüchtlinge und Vertriebenen

Schwerpunktthema der Session war erneut die Situation in der Ukraine, zu welcher ein Bericht über die Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen verabschiedet wurde. Darin äussert die Versammlung grosse Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage der Menschen in der Ukraine, die vom Konflikt in Teilen der Regionen um Donezk und Lugansk betroffen sind. Insbesondere betrifft dies Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie die Einwohner der Regionen, die sich unter der Kontrolle bewaffneter prorussischer Aktivisten befinden.

Die Versammlung verwies auf eine direkte Beteiligung der Russischen Föderation am Entstehen und der Verschlechterung der Situation in diesen Teilen des Landes. Der Beschluss fordert die Konfliktparteien auf, «die Bestimmungen der Vereinbarungen von Minsk vom 5. und 9. September 2014 anzunehmen und umzusetzen und von Gewaltanwendung – insbesondere gegen die Zivilbevölkerung – Abstand zu nehmen». Weiter hebt der Beschluss die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der Ukraine als wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der humanitären Lage hervor.

Inzwischen wurden mehr als 921'000 Menschen innerhalb der Ukraine vertrieben und mehr als 524'000 Menschen sind nach der Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine nach Russland geflohen. Die Versammlung hält fest, dass sich noch immer mehr als zwei Millionen Menschen in den von Separatisten kontrollierten Regionen aufhalten. Dabei seien sie Unsicherheit, Menschenrechtsverletzungen und unwürdigen Lebensbedingungen ausgesetzt. Ebenso bedauert die Versammlung die Verschlechterung der Menschenrechtslage auf der Krim und ruft den Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muiznieks, sowie die internationale Gemeinschaft auf, die Lage weiter zu beobachten. Weiter fordert die Versammlung die Konfliktparteien auf, Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten sowie humanitären Einsatzkräften ungehinderten Zugang zu allen Konfliktgebieten zu gewähren. Dabei ruft sie insbesondere die Russische Föderation dazu auf, von einer Destabilisierung der Ukraine und der finanziellen sowie militärischen Unterstützung der illegalen Truppen Abstand zu nehmen. Sie sollte ihren Einfluss auf diese Truppen besser dazu nutzen, diese zu einer vollständigen Respektierung und Umsetzung der Vereinbarung von Minsk zu bewegen. Die Entschliessung wurde mit 140 Ja-Stimmen, bei 7 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

#### Schutz der Sicherheit von Journalisten und der Medienfreiheit in Europa

Der Bericht stellt fest, dass die Medienfreiheit ein Indiz für den Zustand der Demokratie, der politischen Freiheiten und der Rechtsstaatlichkeit in einem Land ist. Weiter hält er fest, dass die Medienfreiheit in vielen Ländern zunehmend bedroht, und die Journalisten nicht mehr ungestört ihrer Arbeit nachgehen können. Die Entschliessung ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, national wie international ihre Anstrengungen zur Sicherung der Meinungsfreiheit zu verstärken sowie den Journalisten bei ihrer Arbeit die nötige Sicherheit zu gewährleisten. Die Entschliessung wurde mit 77 Ja-Stimmen, bei 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

#### Zeugenschutz als ein unerlässliches Instrument zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus in Europa

Die Versammlung hält in ihrer Entschliessung fest, dass Zeugen welche für die Wahrheit und Gerechtigkeit einstehen, ein zuverlässiger und langanhaltender Schutz gewährleistet sein muss. Darin eingeschlossen sind die rechtliche und psychologische Unterstützung sowie der physische Schutz vor, während und

nach dem Prozess. Die Entschliessung wurde mit 55 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

#### Gleichstellung und Inklusion für Menschen mit Behinderungen – Wortmeldung der Abg. Judith Oehri

Der Bericht geht auf die mehr als 80 Millionen Menschen mit Behinderung in Europa ein. Er zeigt auf, dass Menschen mit Behinderungen oft unsichtbar für die Gesellschaft sind und sie mit verschiedenen Formen von Diskriminierung zu kämpfen haben. Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für die Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen und am öffentlichen Leben teilnehmen können. Die Entschliessung ruft die Mitgliedsländer des Europarats auf, Massnahmen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen zur Stärkung ihrer Situation zu lancieren. Weiter soll der Zugang zur Beschäftigung für Menschen mit Behinderung gefördert werden.

Die Abg. Judith Oehri hielt in ihrer Wortmeldung zum Bericht fest, dass es trotz Spardruck wichtig sei, diese Thematik auf der Agenda der einzelnen Mitgliedsländer zu behalten und unterschiedliche Lösungsansätze zu bieten. Weiter führte die Abg. Oehri Beispiele aus dem liechtensteinischen Behindertengleichstellungsgesetz an. Die Entschliessung wurde mit 45 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme angenommen.

#### Fussballweltmeisterschaft 2022 in Katar: FIFA sollte neu abstimmen

Der Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien hält in einer Entschliessung fest, dass die Entscheidung, die Fussballweltmeisterschaft 2022 an Katar zu vergeben, aufgrund illegaler Zahlungen von Grund auf mangelhaft war. Gemäss der Entschliessung war das Verfahren «in derartigem Ausmass von Illegalität gekennzeichnet», dass eine neue Abstimmung unter Anwendung fairerer Regeln durchgeführt werden sollte.

#### **Redebeiträge**

Während der Wintersession waren folgende Personen zu Gast und haben ihre Worte an die Parlamentarische Versammlung gerichtet:

- Didier Reynders, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Michael D. Higgins, Präsident der Republik Irland
- Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats

Didier Reynders, Minister für auswärtige Angelegenheiten, für den Aussenhandel und Europäische Angelegenheiten Belgiens, Vorsitzender des Ministerkomitees

Der Minister informierte die Versammlung über die Tätigkeiten des Europarats seit der Session im Oktober. Ebenso stellte er die Prioritäten des belgischen Vorsitizes vor und beantwortete die Fragen der Abgeordneten.

Michael D. Higgins, Präsident der Republik Irland

Michael D. Higgins hielt ein starkes Plädoyer für Parlamente zur «Bekräftigung ihrer Relevanz» - indem die Ethik zurück ins Zentrum der wirtschaftlichen Debatten gebracht werden sollte. In seiner erbaulichen Rede unterstrich der Präsident die einmalige Chance der Parlamente, moralisch fundierte Antworten zu aktuellen Herausforderungen mittels «Gesprächen über die Menschlichkeit» zu erhalten.

Weiter lobte er die Arbeit und die Ideen des Europarats, insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention und den Europäischen Menschenegerichtshof. Dabei äusserte er Besorgnis über Bestrebungen, die Legitimität beider Institutionen zu untergraben.

Er beendete seine Ausführungen mit der Beschreibung der Mitglieder des Europarats und der Parlamentarier als Bürger der «Republik des Gewissens» wie vom irischen Nobelpreisträger und Dichter Seamus Heaney beschrieben.

**Gedenkzeremonie anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz**

Am Eröffnungstag der Session fand die Gedenkzeremonie zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz statt. Im Rahmen der Zeremonie sprachen überlebende Insassen über die Ereignisse.

**Treffen mit der Luxemburgischen Delegation**

Im Laufe der Woche fand ein Treffen mit den Mitgliedern der Luxemburgischen Delegation statt, an welchem auch die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, Anne Brasseur, teilnahm. Bei dieser Gelegenheit bot sich die Möglichkeit zum Gespräch und Kennenlernen.

**2.2 Frühjahrssession vom 20. bis 24. April 2015**

An der zweiten Sessionswoche wurde Liechtenstein durch den Abg. Gerold Büchel als Delegationsleiter und die Abg. Judith Oehri vertreten. Die Delegation wurde während drei Tagen von Sandra Gerber-Leuenberger vor Ort unterstützt.

## **Behandelte Vorlagen**

An der Frühjahrsession wurden insgesamt 16 Vorlagen vom Plenum behandelt. Die Debatten über «Massenüberwachung», «Drohnen und gezielte Tötungen: das Erfordernis, die Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten», «Die Reform des Fussball-Managements» sowie die Dringlichkeitsdebatte über «Die menschliche Tragödie im Mittelmeer» waren die Höhepunkte der diesjährigen Frühjahrsession.

### Dringlichkeitsdebatte «Die menschliche Tragödie im Mittelmeer: Sofortmassnahmen vonnöten»

Der Bericht hält fest, dass die Zahl der Migranten, welche über das Mittelmeer versuchen nach Europa zu gelangen, in den letzten Jahren stetig anstieg, bevor sie in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 plötzlich explodierte. Dabei stieg auch die Zahl der Todesopfer. Im Jahr 2012 wurden 500 Personen als vermisst gemeldet, im Jahr 2013 waren es bereits 600 und im Jahr 2014 stieg die Zahl der Opfer auf 3'500. In diesem Jahr sind bereits 1'500 Personen vermisst. Der letzte tödliche Zwischenfall kostete 800 Menschen das Leben. Weiter geht der Bericht darauf ein, dass sich diese dramatische Situation in naher Zukunft nicht ändern werde. Bewaffnete Konflikte, Instabilität, Verfolgung aufgrund ethnischer oder religiöser Gründe sowie die extreme Armut in Afrika und dem Nahen Osten erzeugen stetig mehr Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende. Die Versammlung ruft in ihrer Entschliessung die Mitgliedstaaten der EU auf, ein umfassendes Konzept im Umgang mit den Migrationsströmen über das Mittelmeer festzulegen. Weiter werden die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, Such- und Rettungsaktionen auf See sofort zu intensivieren, wobei alle Mitgliedstaaten einen grösseren Beitrag leisten müssen. Ebenso sollen wirksame Massnahmen und gemeinsame Aktionen im Kampf gegen Menschenhändler und Schmuggler auf europäischer Ebene koordiniert werden. Die Entschliessung wurde mit 88 Ja-Stimmen, bei einer Nein-Stimme und 12 Enthaltungen angenommen.

### Bericht über Massenüberwachung – Wortmeldung des Abg. Gerold Büchel

«Wir müssen uns die Frage stellen, inwieweit die Fundamente des Europarats – die Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit – in diesem virtuellen Zusammenleben gewährleistet werden können», erklärte der Abg. Gerold Büchel in seinem Votum zum Bericht über Massenüberwachung. Weiter führte er aus, dass es von grösster Wichtigkeit sei, dass das Recht auf Achtung des Privatlebens aufrechterhalten werden kann. Der Bericht des Rechts- und Menschenrechtsausschusses bringt seine tiefe Besorgung über die Massenüberwachungen, welche im Juni 2013 von Edward Snowden enthüllt wurden, zum Ausdruck. Die Versammlung verabschiedete einen Entschliessungsentwurf und hält fest, dass die Praxis der Massenüberwachung, die der US-amerikanische Whistleblower Edward Snowden aufgedeckt habe, eine Gefahr für grundlegende Menschenrechte darstelle und Ressourcen beanspruche, durch die Terroranschläge verhindert werden könnten. Weiter fordern die Par-

lamentarier eine bessere gerichtliche und parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste. Ebenso rief die Versammlung den Generalsekretär des Europarats auf, von den in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Befugnissen Gebrauch zu machen und die Vertragsstaaten um eine Stellungnahme zu bitten, inwiefern ihre Überwachungstätigkeit im Einklang mit den Menschenrechtsnormen der Konvention steht. Die Entschliessung wurde mit 132 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

#### Die Reform des Fussball-Managements

Der Bericht mit dem Titel «Die Reform des Fussball-Managements» wurde kurzfristig auf die Agenda gesetzt. Laut der Parlamentarischen Versammlung war die Entscheidung, die Fussballweltmeisterschaft 2022 an Katar zu vergeben, aufgrund illegaler Zahlungen von Grund auf mangelhaft. Folglich sollte die FIFA gemäss einem überarbeiteten Verfahren neu abstimmen. Der Bericht stützt sich unter anderem auf Enthüllungen der britischen «Sunday Times». Dieser zufolge wurde durch Zahlungen von hohen Geldsummen durch einen katarischen FIFA-Vizepräsidenten an mehrere hochrangige afrikanische Funktionäre sichergestellt, dass Katar bei einem Treffen im Dezember 2010 die Stimmen der Vertreter der Afrikanischen Fussballkonföderation erhielt. Ein Antrag auf Rücküberweisung des Berichts an den Ausschuss wurde mit lediglich 16 Ja-Stimmen, bei 25 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgewiesen. Nach angeregter Diskussion wurde die Entschliessung mit 30 Ja-Stimmen, bei 9 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

#### Budget und Prioritäten des Europarats für 2016-2017; Ausgaben der Parlamentarischen Versammlung für 2016-2017 – Wortmeldung des Abg. Gerold Büchel

Das vorgesehene Nullwachstum der Beiträge der Mitgliedstaaten zwingt die Versammlung, einen Teil ihrer Personalausgaben einzufrieren. Dennoch wird die Parlamentarische Versammlung versuchen, ihren Hauptaufgaben gerecht zu werden. Die Aussicht auf eine Aufnahme der Türkei in den Kreis der grossen Beitragszahler könnte die Situation aber verbessern. Spätestens zum Januar 2016 soll geklärt sein, ob die Anzahl Sitze für die türkische Parlamentarierdelegation erhöht und ob türkisch als neue Amtssprache eingeführt werden kann.

Der Abg. Gerold Büchel unterstrich in seiner Wortmeldung, dass der Europarat sorgfältig und effizient mit den zur Verfügung stehenden Mittel umgeht und eine restriktive Finanzpolitik gerade in der heutigen Zeit sehr wichtig sei. Der Europarat könne für andere Institutionen ein Vorbild sein. Weiter hielt der Abg. Büchel fest, dass neben den allgemeinen politischen Massnahmen auch die Kommunikation des Europarats weiter voranzutreiben sei. Es sei wichtig, die Arbeit des Europarats nach aussen zu tragen und auch kontinuierlich seine Wichtigkeit zu zeigen. Abschliessend rief er die Versammlung auf, weiterhin eine restriktive Finanzpolitik zu betreiben und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, um handlungsfähig zu bleiben. Das Budget wurde mit 90 Ja-Stimmen, bei einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

## **Redebeiträge**

An der Frühjahrssession waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die Versammlung gerichtet und sich den Fragen der Parlamentarier gestellt:

- Didier Reynders, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Philippe, König der Belgier
- Nils Muiznieks, Menschenrechtskommissar des Europarats

### Didier Reynders, Minister für auswärtige Angelegenheiten, für den Aussenhandel und Europäische Angelegenheiten Belgiens, Vorsitzender des Ministerkomitees – Frage der Abg. Judith Oehri

Der Vorsitzende des Ministerkomitees informierte über die Tätigkeiten des Europarats in den vergangenen Monaten. In seiner Ansprache ging er insbesondere auf die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer sowie auf die Ukraine ein.

Die Abg. Judith Oehri wollte vom Vorsitzenden erfahren, was zur Verbesserung der Gefängnisbedingungen in den Mitgliedstaaten des Europarats unternommen werde. Didier Reynders führte aus, dass das Ministerkomitee besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit dem Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) lege. Dadurch könne der Zugang zu den Haftanstalten gewährt werden.

### Philippe, König der Belgier

Seine Majestät der König der Belgier, richtete seine Worte an die versammelten Parlamentarier. In seiner Rede rief der belgische König dazu auf, eine menschenwürdige Gesellschaft zu schaffen und zu erhalten. Er brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass in zu vielen Fällen Frauen sowie Männer nicht menschenwürdig behandelt werden. Weiter hielt der König fest, dass diese beschämenden Haltungen, die vor allem im Zusammenhang mit Migrationsdruck entstehen, nicht nur für Einzelpersonen zutreffen, sondern auch auf manche Institutionen und verwies dabei auf die jüngsten Tragödien im Mittelmeer. Die Vision eines grösseren Europas sehe vor, eine Kultur aufzubauen, in der die Fähigkeit des Menschen zu Autonomie und Offenheit gefördert werde. Abschliessend hielt er fest, dass die einzige Kultur, in der echte Verwirklichung der Menschenrechte möglich sei, diejenige sei, in der Anstand und Achtung die Oberhand über Gleichgültigkeit und Herabwürdigung behalten.

## 2.3 Sommersession vom 22. bis 26. Juni 2015

Die Delegation mit dem Abg. Gerold Büchel als Delegationsleiter und der Abg. Judith Oehri war während der Sommersession die ganze Woche anwesend. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger während drei Tagen begleitet.

### Behandelte Vorlagen

An der dritten Sessionswoche wurden insgesamt 14 Vorlagen vom Plenum behandelt. Die Debatten über die «Prüfung der Annullierung der bestätigten Beglaubigungsschreiben der Delegation der Russischen Föderation», «Die Arbeitsweisen der demokratischen Institutionen in Aserbaidschan», die «Verbesserung des Schutzes von Whistleblowern» sowie «Die Lage in Ungarn» waren die Schwerpunkte der diesjährigen Sommersession.

#### Prüfung der Annullierung der bestätigten Beglaubigungsschreiben der Delegation der Russischen Föderation (Weiterverfolgung von Absatz 16 der Entschliessung 2034)

Dominierendes Thema der Sommersession war die Prüfung der Annullierung der bestätigten Beglaubigungsschreiben der Russischen Delegation. An der Wintersession verabschiedete die Parlamentarische Versammlung eine Entschliessung, welche der russischen Delegation eine Reihe von Rechten für die Sitzungsperiode 2015 entzog. Nun war die Versammlung aufgefordert, diese Entschliessung zu prüfen. An der Debatte beteiligten sich mehr als 30 Abgeordnete. Die neue Entschliessung bedauert, dass die im Januar genannten Forderungen nicht erfüllt wurden sowie dass die russische Delegation alle offiziellen Kontakte mit der Versammlung bis Ende 2015 aussetzt. Deshalb appellierten die Parlamentarier an die russische Delegation, ihre Verweigerung der Zusammenarbeit aufzugeben und den Dialog wieder aufzunehmen. Aus diesem Grunde beschlossen die Parlamentarier, die Beglaubigungen nicht zu widerrufen, das Stimmrecht aber weiterhin zu suspendieren. Ebenfalls wurden die russischen Behörden insbesondere aufgerufen, ihre Truppen vom ukrainischen Hoheitsgebiet zurückzuziehen, die Minsker Abkommen vollständig umzusetzen sowie die unrechtmässige Angliederung der Krim rückgängig zu machen. Die Entschliessung wurde mit 128 Ja-Stimmen, bei 11 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen angenommen.

#### Verbesserung des Schutzes von Hinweisgebern

Der Bericht zum besseren Schutz von sogenannten «Whistleblowern» hält fest, dass es notwendig sei, alle Personen zu schützen, die unrechtmässige Handlungen anzeigen, durch die andere in ihren Menschenrechten beeinträchtigt werden könnten. Dieser Schutz sollte auch Angehörigen der nationalen Sicherheits- und Geheimdienste umfassen. Weiter hält der Bericht fest, dass Hinweisgebern, welchen im eigenen Land Strafverfolgung droht, in einem Mitglieds- oder

Beobachterstaat des Europarats sowie der Europäischen Union Asyl gewährt werden sollte, vorausgesetzt, dass ihre Enthüllungen eine Reihe von Bedingungen für ethisches Verhalten bei der Tätigkeit eines Whistleblowers erfüllen. Die Versammlung hält in ihrer Entschliessung fest, dass die Vereinigten Staaten Edward Snowden eine Rückkehr in sein Geburtsland erlauben sollten, ohne eine strafrechtliche Verfolgung zu fürchten. Snowden, welcher sich kurz nach der Abstimmung über die Entschliessung mittels Video-Schaltung von Moskau aus äusserte, unterstrich, dass die Position der Versammlung für Whistleblower überall auf der Welt nützlich wäre. Die Entschliessung wurde mit 88 Ja-Stimmen, bei 7 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

#### Die Arbeitsweisen der demokratischen Institutionen in Aserbaidshan

Mit einem Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen im November 2015, hat der Monitoring Ausschuss das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Aserbaidshan untersucht und die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung aus dem Jahr 2013 überprüft. Dabei wurde besonders Wert auf die Überprüfung der «Checks and Balances», die Unabhängigkeit der Justiz sowie Wahlen im Allgemeinen gelegt.

Der Bericht anerkennt die freien, fairen und transparenten Wahlen vom Oktober 2013, bedauert aber die fehlende Umsetzung der wichtigsten Empfehlungen der Venedig-Kommission in Bezug auf den rechtlichen Rahmen der Wahl. Trotz der Bemühungen der Behörden hält der Bericht die fehlende Unabhängigkeit der Justiz fest und äussert Bedenken über die Fairness von Verfahren. Die Bemühungen Aserbaidshans zur Förderung der Transparenz, zum Kampf gegen die Korruption, gegen die Terrorismusfinanzierung und gegen die Geldwäsche werden anerkannt. Dennoch fordert der Bericht ein Gleichgewicht zwischen dem Recht der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert wird, und dem Kampf des Staates gegen organisierte Kriminalität.

Der Bericht äussert seine tiefe Besorgnis über die Niederschlagung der Menschenrechte in Aserbaidshan. Die Arbeitsbedingungen von NGOs und Menschenrechtsaktivisten haben sich deutlich verschlechtert und die zunehmende Zahl von Repressalien gegen unabhängige Medien und Meinungsfreiheitsanwälte haben zugenommen. Der Bericht fordert die Behörden auf, die systematische Schikanie von Regierungskritikern zu stoppen. Weiter begrüsst der Bericht die Wiederaufnahme der Aktivitäten der gemeinsamen Arbeitsgruppe über Menschenrechtsfragen im Anschluss an die Vereinbarungen zwischen dem Generalsekretär des Europarats und dem Präsidenten Aserbaidshans vom August 2014.

Angesichts dieser Bedenken und Entwicklungen fordert die Versammlung die vollständige Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Einklang mit den Beschlüssen des Ministerkomitees. Weiter fordert die Entschliessung deutliche Verbesserungen in den Bereichen Gewaltentrennung, Wahlprozedere, Justiz, freie Meinungsäusserung und Vereini-

gungsfreiheit. Die Entschliessung wurde mit 140 Ja-Stimmen, bei 13 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

### **Redebeiträge**

Während der Sommersession waren folgende Persönlichkeiten zu Gast und haben ihre Worte an die Versammlung gerichtet:

- Igor Crnadak, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Marie Louise Coleiro Preca, Präsidentin von Malta
- Ban Ki-moon, UNO Generalsekretär

#### Igor Crnadak, Aussenminister von Bosnien und Herzegowina, Vorsitzender des Ministerkomitees

Der Vorsitzende des Ministerkomitees informierte über die Prioritäten des Europarats während seines Vorsitizes. In seiner Ansprache ging er auf die drei Eckpfeiler des Europarats ein: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und bekräftigte, diese weiter zu festigen. Darüber hinaus werde sein Land die Arbeiten an den gemeinsamen Prioritäten fortsetzen.

#### Marie Louise Coleiro Preca, Präsidentin von Malta

Zum Anlass des 50. Jahrestags der Mitgliedschaft Maltas im Europarat richtete Marie Louise Coleiro Preca ihre Worte an die versammelten Parlamentarier. Sie rief die Abgeordneten auf, sich für eine «wirksame, umfassende und ganzheitliche Migrationspolitik einzusetzen». Migration bedarf einer globalen Lösung, erklärte Coleiro Preca. Vor allem müsse eng mit den Herkunfts- und Transitländern im Mittelmeerraum und in Afrika zusammen gearbeitet werden um die eigentlichen Ursachen der Migration anzugehen. Weiter bedauerte sie, dass die internationale Gemeinschaft angesichts der Menschenschlepperei zu lange untätig zugesehen habe und forderte die Einrichtung einer von den Vereinten Nationen beauftragten Internationalen Koalition gegen Menschenschlepperei.

#### Ban Ki-moon, UNO Generalsekretär

Ban Ki-moon empfahl in seinen Ausführungen vor der Versammlung in Europa Kanäle für sichere Migration zu schaffen. So könnten die dauerhafte Neuansiedlung von Flüchtlingen, die Familienzusammenführung oder Visas eine grosse Erleichterung sein. Weiter versicherte Ban Ki-moon die Unterstützung durch die Vereinten Nationen bei der Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus sowie des Anstiegs von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Dabei begrüßte er die Gründung der Parlamentarischen Allianz gegen Hass. In Bezug auf den Ukraine-Konflikt wiederholte der Generalsekretär seinen Appell «jede mögliche An-

strengung zu unternehmen, um die beteiligten Seiten zur vollständigen Umsetzung der Minsker Abkommen zu bewegen und eine politische Lösung zu erreichen».

### **Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin des Europarats**

Die Versammlung hat Gabriella Battaini-Draconi als Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats wiedergewählt. Es ist ihre zweite Amtszeit. Sie bekleidet das revidierte Amt der Stellvertretenden Generalsekretärin seit September 2012. Seit 1976 ist sie für den Europarat tätig.

### **Austausch unter den deutschsprachigen Delegationen**

Auf Einladung der österreichischen Delegation trafen sich die Parlamentarierdelegationen Österreichs, der Schweiz, Deutschlands, Luxemburgs und Liechtensteins bereits zum dritten Mal zu einem informellen Austausch. Dabei wurden die aktuellen Themen der Sessionswoche, aber auch mögliche gemeinsame Vorstösse diskutiert. Gastgeber des nächsten gemeinsamen Anlasses wird die luxemburgische Delegation sein.

## **2.4 Herbstsession vom 28. September bis 2. Oktober 2015**

Die Herbstsession kollidierte mit der Landtagssitzung und somit konnte die Abg. Judith Oehri lediglich zwei Tage vor Ort sein. Die Abgeordnete Oehri wurde von Sandra Gerber-Leuenberger begleitet.

Die Präsidentin der Versammlung, Anne Brasseur, zog in ihrer letzten Eröffnungssitzung eine gemischte Bilanz hinsichtlich der Fortschritte im Bereich der Menschenrechte auf dem europäischen Kontinent. Europa stehe vor einer Vielzahl von Herausforderungen: das Flüchtlingsdrama, der Anstieg von Radikalismus, die Terroranschläge in der Mitte Europas und in der unmittelbaren Nachbarschaft sowie der Konflikt in der Ukraine. Hinsichtlich der positiven Entwicklungen unterstrich die luxemburgische Präsidentin die grosse Mobilisierung gegen gewalttätigen Extremismus und Terrorismus infolge des Anschlags auf Charlie Hebdo, dazu der Start der «Parlamentarischen Allianz gegen Hass», bei welcher der Abg. Gerold Büchel Mitglied ist, und das Inkrafttreten der Istanbul-Konvention über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Weiter betonte Brasseur, dass die Herausforderungen, welche im Hinblick auf unsere Werte bestehen, sehr gross seien und rief die Versammlung auf, in ihrer Antwort darauf auch weiterhin geschlossen zusammenzustehen.

## **Behandelte Vorlagen**

An der vierten Sessionswoche wurden 12 Vorlagen vom Plenum debattiert. Dabei stand die derzeitige Flüchtlingskrise in Europa im Mittelpunkt der Diskussionen. Zu diesem Thema wurden zwei Berichte und Entschliessungen behandelt und verabschiedet. Auch die Aktualitätsdebatte beschäftigte sich mit der Flüchtlingsproblematik. Weitere Höhepunkte der Session waren die Berichte über die Arbeit der OECD sowie ein Bericht über die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte mit Beteiligung des Präsidenten des Gerichtshofs, Dean Spielmann.

### Aktualitätsdebatte: Eine umfassende humanitäre und politische Antwort auf die Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa

Die Präsidentin des italienischen Parlaments, Laura Boldorini, unterstrich in ihrer Rede, dass die derzeitige Migrationskrise «ein europäisches Problem ist, das kein einzelner Staat alleine meistern kann». Weiter führte sie aus, dass es nun Zeit sei, geschlossen zu handeln. Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, erklärte in seiner Rede, dass Europa auch früher mit grossen Flüchtlingskrisen konfrontiert war und es Europa damals gelang, damit umzugehen. Er stellte die Frage in den Raum, warum Europa heute nicht in der Lage sein soll, dieses Problem zu bewältigen. Knapp 50 Parlamentarier ergriffen in der folgenden Debatte das Wort.

### Nach Dublin: die dringende Notwendigkeit der Schaffung eines echten europäischen Asylsystems

Dieser Bericht zeigt auf, dass die 1990 vereinbarten Dubliner Regeln für die Aufnahme und Erstregistrierung von Asylbewerbern in dem Land, in dem sie zuerst den Boden der EU betreten haben, angesichts des Massenansturms von Flüchtlingen ihren ursprünglichen Zweck verfehlt hat. Im Jahr 2014 bearbeiteten fünf teilnehmende Staaten 72% aller Anträge. Das Dublin-System ist nicht darauf ausgerichtet oder in der Lage, als «Lastenverteilungsmechanismus» zur Behebung dieses Ungleichgewichts zu funktionieren. Das Dublin-System ist somit zu einem Symbol der Ungerechtigkeit und der fehlenden Solidarität in der europäischen Asylpolitik geworden. Ebenso hat das Dublin System zu vermehrten Verstössen gegen die Menschenrechte von Asylbewerbern geführt.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass das Dublin-System versagt hat und nun die politische Solidarität Europas gefragt ist und eine faire Lastenverteilung unter den EU-Staaten dringend nötig ist. Die Entschliessung wurde mit 98 Ja-Stimmen, bei 19 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

### Transitländer: die neuen Herausforderungen im Hinblick auf Migration und Asylbewältigen

Der Bericht stellt fest, dass die Einwanderungspolitik in einem globalen Zusammenhang gesehen werden sollte. Inklusiv der Zusammenarbeit und Koordinierung mit den Heimat-, Transit- und Aufnahmeländern der Flüchtlinge. In

Bezug auf die Transitländer geht die Europäische Union zu sehr vom Aspekt der Sicherung ihrer Aussengrenzen aus. Das führt dazu, dass viele Flüchtlinge riskieren ausgebeutet, missbraucht und gewaltsamen Angriffen ausgesetzt zu werden. In ihren Beziehungen zu den Transitländern sollte die EU Zusammenarbeit anstreben und auf die Achtung der Menschenrechte bestehen. Die EU sollte eine zusammenhängende Flüchtlingspolitik unter Einbezug der Heimat-, Transit- und Aufnahmeländern sicherstellen und auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen, anstatt auf strenge Grenzkontrollen und Sicherheit zu setzen.

Die Entschliessung ruft die Mitgliedstaaten des Europarats auf, sicherzustellen, dass sie keine verbotenen «Pushbacks» von Migranten an den Land- oder Seegrenzen vornehmen. Weiter werden die Staaten aufgerufen sicherzustellen, dass ihre bilaterale Zusammenarbeit mit Drittländern auf die Förderung und Gewährleistung der Einhaltung der Menschenrechte abzielt, und dass keine Übereinkommen über Grenzkontrollen abgeschlossen werden, wenn nicht garantiert werden kann, dass das Drittland die Menschenrechte von Migranten und Flüchtlingen umfassend respektiert. Die Entschliessung wurde mit 96 Ja-Stimmen, bei 15 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

#### Die Aktivitäten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Zeitraum von 2014 bis 2015

Der vorliegende Bericht bezieht sich erneut auf die Antwort der OECD auf neue wirtschaftliche Herausforderungen als Ergebnis des Dialogs des Europarats mit der OECD. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit, Ungleichheit in der Gesellschaft zu bekämpfen, den sozialen Dialog zu fördern, Ausgrenzungen zu verhindern und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Die Versammlung fordert die OECD-Mitgliedstaaten in ihrer heute verabschiedeten Entschliessung auf, Massnahmen zu ergreifen, um niedrige und mittlere Haushaltseinkommen zu erhöhen. Weiter wird empfohlen, Kollektivverhandlungen zu stärken und die (Mindest-) Löhne zu erhöhen, mit der steigenden Produktivität Schritt zu halten, sowie den Anstieg der prekären oder illegalen Arbeit einzudämmen. Die Entschliessung fordert die Regierungen zudem dringend auf, unproduktiven Finanztätigkeiten Einhalt zu gebieten und den Finanzsektor zu reformieren. Ebenso müssen sie Steuerhinterziehung und Steuerumgehungen bekämpfen.

#### Die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Die Parlamentarische Versammlung ist verpflichtet, zur Kontrolle der Umsetzung derjenigen Urteile des Europäischen Gerichtshofs beizutragen, von der die Effizienz und die Autorität des von der Europäischen Menschenrechtskonvention geschaffenen Systems zum Schutz der Menschenrechte abhängen. Die Versammlung stellt einige Fortschritte bei der Umsetzung der Urteile des Gerichtshofs seit dem Inkrafttreten von Protokoll Nr. 14 der Konvention im Juni 2010 und der Einführung der neuen Arbeitsmethoden des Ministerkomitees am 1. Januar 2011 fest. Sie begrüsst die vom Ministerkomitee und anderen Organen des Europarats ergriffenen Massnahmen zur Verbesserung dieses Prozes-

ses sowie die verbesserte Interaktion zwischen dem Ministerkomitee und dem Gerichtshof. Die Versammlung ist jedoch weiterhin äusserst besorgt angesichts der hohen Zahl nicht umgesetzter Urteile, die beim Ministerkomitee anhängig sind und nach wie vor bei fast 11'000 Fällen liegt. Es gibt eine wachsende Zahl von Urteilen, die komplexe Sachverhalte und strukturelle Probleme betreffen und die seit über zehn Jahren nicht umgesetzt wurden. Die Entschliessung wurde mit 80 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

### **Redebeiträge**

Während der Herbstsession waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die parlamentarische Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt:

- Igor Crnadak, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Grossherzog Henri von Luxemburg
- Aleksander Vucic, Ministerpräsident von Serbien
- Denis Zvizdic, Vorsitzender des Ministerrats von Bosnien und Herzegowina

#### Igor Crnadak, Aussenminister von Bosnien und Herzegowina, Vorsitzender des Ministerkomitees

Der Vorsitzende informierte die Versammlung über die Aktivitäten des Europarats in den letzten Monaten. Schwerpunkt seiner Rede aber war die derzeitige Flüchtlingskrise. Er erinnerte daran, dass das Ministerkomitee darauf bestanden hat, dass alle Mitgliedstaaten im Umgang mit den Flüchtlingen das Völkerrecht achten, insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention, betonte jedoch, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise in der Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedstaates liegt. Weiter führte er aus, dass es sehr wichtig sei, dass der Europarat an der Lösung der Flüchtlingskrise beteiligt sei, da er die höchste europäische Instanz im Bereich der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sei.

#### Grossherzog Henri von Luxemburg

Ein Höhepunkt der Sessionswoche war die Rede des Grossherzogs Henri von Luxemburg vor der Parlamentarischen Versammlung. Dabei ging er insbesondere auf die europäische Flüchtlingskrise ein. Der Grossherzog rief die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarats auf, «gemeinsame Lösungen zu finden und längerfristig zu handeln, um das Problem an der Wurzel zu bekämpfen». Diese Krise sei ein Prüfstein für Europa um solidarisch zu handeln und dem gemeinsamen Erbe treu zu bleiben. Weiter fügte er hinzu: «In schwierigen und krisenhaften Zeiten müssen wir zusammenstehen und zeigen, dass das, was uns

eint, stärker als das Trennende ist». Der Grossherzog rief zu Offenheit und Hilfsbereitschaft gegenüber den Mitmenschen auf: «Die Angst vor dem Fremden ist der schlimmste Feind».

#### Aleksander Vucic, Ministerpräsident von Serbien

Aleksander Vucic führte aus, dass Serbien zu einer Säule der Stabilität auf dem Balkan geworden sei. Sein Land habe viel zur Schaffung eines friedvollen Umfeldes beigetragen. Allerdings bedeute dies nicht, dass es nicht weiterhin zahlreiche Schwierigkeiten gebe, so sei die Region noch immer instabil. In Bezug auf die Migrationskrise erklärte der Ministerpräsident: «Wir wollen ein Europa mit menschlichem Antlitz zeigen, und ich denke, dass wir auf eine Weise reagiert haben, die europäischer ist als diejenige einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union». Im Hinblick auf die europäische Integration betonte Vucic, dass sich Serbien als europäisches Land verstehe. Anschliessend stellte er sich den Fragen der Abgeordneten.

#### Denis Zvidzic, Vorsitzender des Ministerrats von Bosnien und Herzegowina

Der Minister betonte in seinen Ausführungen, dass es für Bosnien und Herzegowina keine Alternative zur europäischen Integration, zu Wachstum, Beschäftigung, Rechtsstaatlichkeit und zum Kampf gegen Korruption und jeglichen Extremismus gebe. Damit es aber eine europäische Erfolgsgeschichte werde, benötige sein Land die Unterstützung des Europarats und seiner Mitgliedstaaten, so der Minister weiter. Zur aktuellen Flüchtlingskrise erklärte Zvidzic, dass das Problem «mithilfe koordinierter Anstrengungen und Solidarität rasch und erfolgreich gelöst werden könnte. Für eine langfristige Lösung müssen wir jedoch die Wurzel des Problems bekämpfen und uns der Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zuwenden».

#### **Wahl des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung des Europarats**

Alle fünf Jahre hat die Parlamentarische Versammlung die Aufgabe einen Generalsekretär zu wählen. Im Einklang mit der Geschäftsordnung sorgt der Generalsekretär für das Funktionieren der Parlamentarischen Versammlung. Er leitet das Sekretariat mit rund 90 Mitarbeitern, unterstützt die Mitglieder der Versammlung – einschliesslich deren Präsidenten – und sorgt für die ordnungsgemässe Durchführung der Sessionen. Die Kombination aus politischer Klugheit, administrativer Fähigkeit, Unparteilichkeit und persönlicher Integrität machen den Generalsekretär zu einer treibenden Kraft innerhalb des Europarats. Zur Wahl standen der seit 2011 amtierende Generalsekretär Wojciech Sawicki aus Polen sowie Svetislava Bulajic aus Serbien. Mit 140 Stimmen wurde Wojciech Sawicki für eine weitere fünfjährige Amtszeit wiedergewählt.

### **Vaclav Havel Menschenrechtspreis 2015**

Bereits zum dritten Mal wurde am Eröffnungstag der Herbstsession der mit EUR 60'000 dotierte Preis – für herausragende Aktionen der Zivilgesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte in Europa und darüber hinaus – vergeben. Im Rahmen einer kleinen Feier wurde der Preis 2015 an die langjährige russische Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Alexejewa verliehen. Die 88-jährige Preisträgerin ist eine bekannte Menschenrechtsaktivistin in ihrem Geburtsland Russland. Ljudmila Alexejewa ist ein Gründungsmitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe. 1977 wurde sie gezwungen, ihr Heimatland zu verlassen und emigrierte in die Vereinigten Staaten bevor sie 1989 nach Russland zurückkehrte, um ihre Arbeit weiterzuführen. Sie wurde Vorsitzende der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte und Mitglied im Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten. Unermüdlich hat sie sich für den Schutz und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Gesponsert wurde der Preis seitens der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der tschechischen Regierung, der «Vaclav Havel Bibliothek» und der Stiftung «Charta 77».

### **V. Teilnahme der Abg. Judith Oehri an einem Arbeitsbesuch an der Türkischen Grenze zu Syrien**

Das Bureau der Versammlung entschied einen Ad-hoc-Ausschuss einzurichten, welcher sich der Thematik der hohen Anzahl an Flüchtlingen in der Türkei annimmt. Liechtenstein wurde in diesem Ad-hoc-Ausschuss durch die Abg. Judith Oehri vertreten. Am 15. Juni 2015 besuchte eine 24-köpfige Delegation drei Flüchtlingslager in Elbeyli und Nizip an der syrischen Grenze. Nachstehend der Bericht der Abg. Judith Oehri.

#### **Bericht der Abg. Judith Oehri zum Besuch in einem syrischen Flüchtlingslager**

Die Türkei wird von Flüchtlingen aus Syrien geradezu überschwemmt und gelangt an ihre Grenzen. Eine Delegation des Europarats wollte mit eigenen Augen sehen, was inzwischen «das türkische Modell» genannt wird, wie mit der Flüchtlingsproblematik umgegangen wird. Mit rund 260'000 syrischen Flüchtlingen, die in Camps untergebracht sind und weiteren 1.5 Millionen, die in türkischen Städten und Dörfern in die Bevölkerung integriert wurden, wurde die Türkei stillschweigend zum grössten Flüchtlingsaufnahmeland der Welt. Judith Oehri reiste mit der Delegation, bestehend aus den Delegationsleitern oder deren Stellvertretern der 47 Mitgliedsländer, an die syrische Grenze in der Türkei.

Die Anreise erfolgte ab Zürich am Sonntagmorgen. Wir hatten am Sonntagabend eine Sitzung, an der wir informiert wurden und Fragen gestellt haben. Dabei ergab sich auch die Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass Liechtenstein seit letztem August auf die Flüchtlinge, die wir aufnehmen wollen, warten. Das Problem liegt in der Registrierung der Flüchtlinge. Man will sicher sein, dass diese keiner terroristischen Organisation angehören.

Am Montag früh flogen wir von Istanbul nach Gaziantep. Der Besuch im Lager selber war berührend und erschütternd. Von Frauen, die uns umarmten, jungen Menschen mit abgrundtief traurigen Blicken bis hin zu Männern, die zwischen Wut und Ohnmacht schwankten, war alles da. Und trotzdem war immer eine enorme Herzlichkeit zu spüren. Das war das Überraschendste. Wenn man die Situation dieser Menschen vor Ort gesehen hat, weiss man wieder, wie klein unsere Probleme sind. Und man hat kein Verständnis mehr für Menschen, die meinen, Liechtenstein könnte es sich nicht leisten, fünf Familien aufzunehmen. Uns geht es gut, denn wir leben in Sicherheit und Frieden.

Wir besuchten drei Camps, welche sehr unterschiedlich sind. Es waren dies: Elbeyli und Nizip Camp Centres I und II in der Nähe der Stadt Gaziantep.

Das erste Camp (Elbeyli) hatte einen verhältnismässig hohen Standard, wenn man das überhaupt so sagen kann. In der Containercity (man spricht hier nicht von Flüchtlingslagern) gibt es Schulen, Kindergärten, kostenlose medizinische Versorgung und die Gelegenheit, berufliche Kompetenzen zu erwerben, damit die Arbeitssuche gelingt.

Es wimmelt überall von Leuten, sechs Personen schlafen in einem Container mit einer Fläche von 21m<sup>2</sup>, dies heisst wenig bis keine Privatsphäre.

Der Standard der Nizip Camps war bedeutend tiefer. Die Menschen sind hier in Zelten untergebracht. Auch hier findet man sechs Personen in einem Zelt, gekocht wird im Freien.

Den 24'297 Menschen in Elbeyli stehen nur ein Psychologe und ein Soziologe zur Verfügung. Einige Flüchtlinge drücken ihre Emotionen in Bildern aus. Da erkennt man den Horror, den sie erlebt haben. Man versucht den Menschen so viel Normalität und den Kindern so viel Bildung wie möglich zu vermitteln.

Wir wurden immer wieder von Flüchtlingen gebeten, sie nicht zu vergessen und zu helfen. Die Ohnmacht war überall spürbar, die Bitte: gebt unseren Kindern eine Zukunft.

Und dann gibt es ja noch die 1'750'000 Flüchtlinge, die ausserhalb der Camps leben und wohl keine Begleitung haben.

Nebst dem Trauma, das wohl jede/r verarbeiten muss, sind Perspektivenlosigkeit und Ungewissheit über die Zukunft äusserst belastend. Aber auch die aktuelle Situation ist schwierig. Die syrische Grenze liegt ein paar hundert Meter entfernt und dort gehen Nacht für Nacht Bomben nieder, da in diesem Gebiet die ISIS sehr aktiv ist.

Die syrischen Flüchtlinge – in der Türkei spricht man übrigens von Gästen – dürfen arbeiten und leben auch in Wohnungen ausserhalb der Camps. Dies führte zu einer sehr angespannten Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Man stelle sich vor, dass mittlerweile in einigen Orten mehr Flüchtlinge als Einheimische leben. Die Bürgermeisterin von Gaziantep, eine sehr engagierte Frau, fand klare Worte: hört auf zuzuschauen, helft uns! Es regt sich nun auch Widerstand in der Türkei.

Die Türkei leistet hervorragende Arbeit aber alles hat seine Grenzen. Wenn die Türkei die Flüchtlinge nicht mehr aufnehmen kann, bedeutet dies zurück nach Syrien, zum

Teil in den sicheren Tod oder die Flüchtlinge gelangen ungefiltert zu uns. Wir hören dies ja aktuell in den Medien. Die Türkei befindet sich in einem Dilemma.

Aktuell wird jeder Flüchtling registriert und kontrolliert, denn man will sicher sein, dass man nicht einen ISIS Kämpfer in den Reihen hat.

Am Montagabend war der Rückflug ins Hotel, Dienstagvormittag erfolgte die Heimreise nach Liechtenstein.

### **Fact Box**

Kilis: 128'000 Einwohner

#### Kilis Elbeyli Camp

Anzahl Flüchtlinge: 24'297

Wohnfläche für 6.76 Personen pro Container: 21 m

Anzahl Kinder unter 18 Jahren: 13'433

Ein Psychologe und ein Soziologe betreuen diese Flüchtlinge

Nizip: 136'300 Einwohner

#### Nizip Camp I

Anzahl Flüchtlinge: 10'621

Anzahl Zelte: 1'858 (sechs Personen pro Zelt), Anzahl Kinder unter 18 Jahren: 5'919

#### Nizip Camp II

Anzahl Flüchtlinge: 5'064

Anzahl Container: 908 (5.7 Personen pro Container)

Anzahl Kinder unter 18 Jahren: 2'620

Für beide Camps stehen zwei Sozialarbeiter zur Verfügung

250'000 Personen sind in Flüchtlingscamps in der Türkei untergebracht, 1'750'000 leben in den Dörfern verteilt.

## **VI. Reisekosten und Taggelder der Delegation**

Im Jahr 2015 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 13'379 (Vorjahr CHF 13'321). Die Taggelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 21'400 (Vorjahr CHF 22'800). Für die Beitragskosten an den Europarat sowie für die Kosten der Ständigen Vertretung in Strassburg zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

## **VII. Generelle Ausführungen**

### **1. Zusammenarbeit**

Die regelmässigen Vorbereitungssitzungen, welche vor den Sessionswochen stattfinden, haben sich als sehr wertvoll erwiesen. Insbesondere die jeweilige Einschätzung

des Ständigen Vertreters des Europarats über die traktandierten Themen erleichtert den Delegationsmitgliedern die Einarbeitung in die zahlreichen Traktanden. Die Teilnahme des Stv. Ständigen Vertreters des Europarats an den Vorbereitungssitzungen der Delegation und damit die Möglichkeit zum direkten Informationsaustausch, hat sich ebenfalls als sehr hilfreich erwiesen.

## **2. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission**

Anhand der auf Seiten 8 und 9 aufgeführten Sitzungen kann für das Jahr 2015 aus liechtensteinischer Sicht folgendes festgestellt werden:

- Es wurden 81 (Vorjahr 84) Vorlagen behandelt (100%)
- Bei 27 (Vorjahr 27) Vorlagen war **kein** Delegationsmitglied anwesend (33%)
- Bei 14 (Vorjahr 17) Vorlagen war **nur ein** Delegationsmitglied anwesend (17%)
- Bei 40 (Vorjahr 40) Vorlagen waren **beide** Mitglieder anwesend (50%)

Diese Grobbeurteilung zeigt, dass die liechtensteinische Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats während knapp 50% der Vorlagen vollständig anwesend war, eine klare Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Bei 2/3 der Vorlagen war zumindest ein Vertreter der liechtensteinischen Delegation anwesend, auch dies darf positiv gewertet werden. Es zeigt sich, dass zumindest an drei der vier Sessionswochen eine Teilnahme möglich sein muss, um eine minimal akzeptable Vertretung in der parlamentarischen Versammlung des Europarats möglich zu machen.

## **3. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT)**

Erfreulicherweise wird es im Jahr 2016 nun möglich sein das Jahr ohne eine Terminkollision zu bestreiten. Wenn dies auch in der Zukunft aufrechterhalten werden könnte so wäre dies eine klare Verbesserung der Rahmenbedingungen für die parlamentarische Delegation des Europarats.

## **VIII. Schlusswort und Antrag**

Als Delegationsleiter dieser Delegation ist dies der dritte und letzte Bericht in der Mandatsperiode 2013 bis 2017. Rückblickend waren die Themengebiete um den Terrorismus wie jene in Paris, der anhaltende Ukraine Konflikt und in diesem Kontext der Stimmrechtsentzug der russischen Delegation die dominierenden Themen. Ein Thema welches schon sehr frühzeitig und das ganze Jahr hinweg den Europarat und später wohl die gesamte Bevölkerung Europas beschäftigt hat und weiter wird, ist die Flüchtlingskrise.

Bezüglich Organisation des Europarats war die Wiederwahl von Wojciech Sawicki zum Generalsekretär der parlamentarischen Versammlung ein erfreuliches Ereignis. Mit der Wahl von Carlo Ranzoni zum Richter am EGMR und dies bereits im ersten

Wahlgang ist es Liechtenstein gelungen, einen professionell geführten Personalprozess erfolgreich abzuschliessen.

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats möchte sich an dieser Stelle recht herzlich für die grosse Unterstützung bedanken, ganz besonders bei:

- Botschafter Daniel Ospelt, dem ständigen Vertreter in Strassburg, für seine Unterstützung und für das Teilen seines grossen Hintergrundwissens. Ganz besonders für die Kurzberichte mit Einschätzung zur Liechtenstein-Relevanz zuhanden der Vorbereitungssitzung. Auch die Ad-hoc-Unterstützung vor Ort war immer sehr hilfreich.
- Christine Arnaud für die organisatorische Unterstützung in Strassburg, welche immer bestens klappt.
- Dem diplomatischen Mitarbeiter Manuel Frick für sein professionelles Einbringen der Regierungsposition beziehungsweise der Position unseres Landes. Ihm auch einen speziellen Dank für die professionelle Unterstützung bei der Besetzung des Richteramts am EGMR.
- Sandra Gerber-Leuenberger für ihre Rundum Unterstützung von A-Z. Beginnend mit der Unterstützung im Vorfeld, über die Mitarbeit vor Ort, bis hin zur Unterstützung beim Erstellen des Jahresberichts.
- Beim Präsidium für ihren Einsatz die Rahmenbedingungen dieser Delegation zu verbessern was nun auf dem Besten Wege ist.
- Als Delegationsleiter bedanke ich mich ganz herzlich bei meiner Delegation für ihre positive und engagierte Mitarbeit. Dem neuen Delegationsmitglied, den verbleibenden Delegationsmitgliedern und dem neuen Delegationsleiter möchte ich für das letzte Jahr viel Glück und Energie wünschen.

Die Delegation hat sich für das Jahr 2015 erneut einige Ziele gesetzt und ich wünsche der Delegation und allen involvierten Kräften gutes Gelingen beim Erreichen dieser Ziele.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2015 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Gerold Büchel

Schellenberg, im Dezember 2015